

Einleitung

Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel,
Alexander Steininger, Jutta Unser

Osteuropaforschung im Umbruch

Motive, Hintergründe und Verlauf
einer Fachdebatte in Deutschland

Das Jahr 1989 mit seinen unvorhergesehenen und weitgehend friedlich verlaufenen „Revolutionen“ im östlichen Europa kennzeichnete nicht nur das Ende einer Nachkriegsperiode und stellte die politisch Verantwortlichen von da an vor nur schwer überschaubare Herausforderungen. Auch die Osteuropaforschung blieb von dem Zusammenbruch des Kommunismus als eines ideologischen, wirtschaftlichen und vor allem machtpolitischen Systems nicht unberührt. Denn spätestens nachdem die Sowjetunion in der Folge des Zweiten Weltkriegs ihre Position als Supermacht ausbauen und dadurch ihren politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Einfluß auf Ostmitteleuropa, die DDR, auf China und weite Teile der Dritten Welt ausdehnen konnte, war die „Osteuropaforschung zu einer unverzichtbaren Voraussetzung für politische Urteilsbildung im atomaren Zeitalter und für die Gewährleistung sicherer Lebensbedingungen“ geworden.¹

Dies wiederum macht deutlich, daß die Osteuropaforschung weitaus stärker als andere Wissenschaftsdisziplinen von der jeweils bestehenden politischen Konjunktur abhängig war, ohne daß dadurch das Prinzip „Freiheit der Wissenschaft“ generell beeinträchtigt worden wäre. Insbesondere in den Jahren nach 1945 entwickelte sie sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges. Allein in Westdeutschland profitierte sie insofern ganz erheblich, als bereits wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts zahlreiche einschlägige Forschungseinrichtungen und Lehrstühle an den dortigen Universitäten gegründet wurden. Für die junge Bundesrepublik kam in diesem Zusammenhang hinzu, daß es – neben dem gesteigerten, wissenschaftlich fundierten Informationsbedarf über den Ostblock – zusätzlich galt, die Erinnerung an ein Deutschland östlich von Elbe und Oder wachzuhalten. Und dies um so mehr, als die Option der Wiedervereinigung bis etwa Mitte der fünfziger Jahre ein fester Bestandteil der Tagespolitik war.²

Die Herausgeber danken Frau Maria Kaiser von der Redaktion OSTEUROPA für ihre hilfreiche Unterstützung bei der Herstellung dieses Bandes.

¹ Arnold Buchholz: Künftige Aufgaben der Osteuropaforschung, in: Osteuropa, 2/1991, S. 161.

² Stefan Creuzberger/Jutta Unser: Osteuropaforschung als politisches Instrument im Kalten Krieg. Die Abteilung für Geschichte der imperialistischen Ostforschung in der DDR (1960 bis 1968), in: Osteuropa, 8/9, 1998, S. 850. – Michael Burleigh: Germany Turns Eastwards. A Study of the Ostforschung in the Third Reich. Cambridge u.a. 1988, S. 313f. – Klaus

Unter den obengenannten Voraussetzungen blieb es für die Osteuropaforschung nicht folgenlos, als sich die jahrzehntelang angespannten internationalen politischen Rahmenbedingungen insgesamt zu verbessern begannen. In diesem Moment mußten zumindest jene Zweige innerhalb der Disziplin um ihre weitere Existenz bangen, die ihre „Legitimitätsbasis“ ausschließlich aus dem Ost-West-Konflikt und dem „Systemgegensatz“ bezogen hatten. Erste Ansätze dafür zeichneten sich bereits Anfang und Mitte der 1970er Jahre ab, als insbesondere von politischer Seite unterschwellig immer wieder Bedenken geäußert wurden, die bis dahin praktizierte Osteuropawissenschaft könne sich nachteilig und störend auf den damaligen Entspannungs- und KSZE-Prozeß auswirken.³

Zeitenwechsel für die Osteuropaforschung

Vor diesem Hintergrund waren für die Osteuropaforschung die politischen Umbrüche von 1989/90 und das Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 ein Einschnitt unvorhergesehenen Ausmaßes. Was das Verhältnis der damaligen Forschung zu ihrem Untersuchungsobjekt anbelangte, so war dies durch Ambivalenz gekennzeichnet: Einerseits wurden die politischen Veränderungen und die damit verbundenen Konsequenzen im östlichen Europa begrüßt, versprach sich doch die westliche Wissenschaft aufgrund der neuen Transparenz auf allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen nunmehr weitaus bessere Arbeits- und Forschungsbedingungen als in den Jahrzehnten davor. Andererseits mußte nach einer ersten Euphorie eine gewisse Ernüchterung eintreten. Denn nun war nicht mehr auszuschließen, daß zumindest Teilbereichen der Osteuropaforschung auf längere Sicht hin der Forschungsgegenstand bzw. die Ressourcen für eine sinnvolle wissenschaftliche Tätigkeit abhanden kommen würden.

Solche Bedenken waren nicht unbegründet. Dies lag weniger daran, daß etwa der über Jahrzehnte hinweg unter dem Eindruck des Kalten Krieges gebrauchte Osteuropa-Begriff stark an Konturen verloren hatte und damit für zahlreiche Länder fragwürdig geworden war.⁴ Vielmehr war es die Tendenz der öffentlichen Hand, die Osteuropaforschung durch Kürzung finanzieller Mittel einzuschränken,⁵ die der Zunft zusehends Sorge bereiten mußte. Und dies um so mehr, als in der Öffentlichkeit und unter den politisch Verantwortlichen sich zunehmend die Auffassung durchzusetzen schien, in den meisten osteuropäischen Staaten binnen kurzer Zeit demokratische Verhältnisse vorzufinden.

Zernack: Osteuropa. Einführung in seine Geschichte. München 1977, S. 17. – Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 526.

³ Buchholz, Künftige Aufgaben [Fn. 1], S. 162.

⁴ Zum Problem des Osteuropabegriffs siehe etwa: Hans Lemberg: Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“, in: Jürgen Elwert/Michael Salewski (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart 1993, S. 15–28. – Magarditsch Hatschikjan: Was macht Südosteuropa aus?, in: Margaditsch Hatschikjan/Stefan Troebst (Hrsg.): Südosteuropa: Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch. München 1999, S. 1–27.

⁵ Siehe dazu etwa: „Neue Aufgaben der Osteuropaforschung“. Resolution der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde vom 8. Oktober 1992 in Jena, in: Osteuropa, 12/1992, S. 1128. – Helmut König: Gespräch über die Osteuropaforschung, in: Osteuropa, 7/1989, S. 671.

Angesichts einer solchen Entwicklung durfte die Forschung nicht in Sprachlosigkeit verfallen. Vielmehr lag es nahe, den innerfachlichen Dialog aufzunehmen und die Herausforderungen, vor die sich die Osteuropaforschung jetzt gestellt sah, kritisch zu debattieren.

Kontroverse in den USA – Zurückhaltung in Deutschland

Die wohl schärfste Auseinandersetzung innerhalb der Zunft entbrannte in den Vereinigten Staaten. Dort war nach dem politischen Kollaps der Sowjetunion insbesondere unter den Sozialwissenschaftlern eine heftige Kontroverse über die Vorhersehbarkeit der Ereignisse bzw. über das Versagen der betroffenen Wissenschaftszweige im Hinblick auf entsprechende Prognosen zu verzeichnen. Damit verbunden war auch die Frage nach den Zukunftsperspektiven oder gar der weiteren Existenzberechtigung der Osteuropaforschung.⁶ Die Vertreter der amerikanischen Soviet Studies mußten sich immer wieder dem Vorwurf stellen, die kommunistischen Staaten weitgehend unter dem Gesichtspunkt der ideologischen Konkurrenz für die „amerikanische Revolution“ analysiert und an westlichen Vorgaben gemessen zu haben.⁷

Verglichen damit waren Intensität und Offenheit der unter den bundesdeutschen Osteuropaforschern geführten Debatten eher bescheiden. Zwar wurde Anfang der 1990er Jahre in wissenschaftlichen Gremien, auf Konferenzen und in Workshops – durchaus selbstkritisch – über Probleme und künftige Aufgaben des Fachs diskutiert: So dokumentierte etwa die Zeitschrift *OSTEUROPA* unter dem Titel „Eine fruchtbare Provokation“ die auf einer ihrer Erweiterten Redaktionskonferenzen im Frühjahr 1991 geäußerten Zweifel des Berliner Soziologen René Ahlberg, ob es „eine eigenständige Form der Osteuropaforschung geben muß“. Ahlberg warf der Zunft darüber hinaus mangelnde Hypothesenbildung vor: „[Sie] werden nicht in der Osteuropaforschung entwickelt, sondern in den Mutterdisziplinen, aus denen die Osteuropaforscher herkommen. In der Osteuropaforschung sind sie aber blockiert durch den Mythos von der Sonderstellung der Osteuropaforschung.“⁸ Insgesamt wollten eine bilanzierende Generaldebatte über das Selbstverständnis des Faches – bzw. der darunter zu fassenden Wissenschaftsdisziplinen – und eine damit verbundene Standortbestimmung hierzulande nicht so recht in Gang kommen. Daran änderten auch die Versuche des Kölner Osteuropahistorikers Gerhard Simon nichts, eine Diskussion unter den Kollegen auszulösen, indem er in einem im Dezember 1992 veröffentlichten Aufsatz provozierend in die Runde warf:

⁶ Siehe dazu ausführlicher bei: J.C. Sharman: Vorhersage und Vergleich. Zur Osteuropaforschung in den USA, in diesem Band, S. 189ff.

⁷ Anneli Ute Gabanyi: Revolutionen in Ostmitteleuropa. Ursachen, Gemeinsamkeiten, Perspektiven, in: *Osteuropa*, 1/1997, S. 4ff.

⁸ Helmut König: Nochmals: Probleme und künftige Aufgaben der Osteuropaforschung, in: *Osteuropa*, 12/1991, S. 1219–1220. – Buchholz, Künftige Aufgaben [Fn. 1], S. 162. Weitere Beispiele für Ende 1980er, Anfang der 1990er Jahre angestellten Überlegungen zur Osteuropaforschung: Helmut König: Gespräch über die Osteuropaforschung, in: *Osteuropa*, 7/1989, S. 670–675. – Heinrich Vogel: Neue Aufgaben für die politikbegleitende Osteuropaforschung – Thesen, in: *Osteuropa*, 1/1991, S. 78–80. – Egbert Jahn: Herausforderungen an die deutsche Wissenschaft, in: *Osteuropa*, 2/1993, S. 176–178. – James R. Millar: Wieder eine gefährdete Spezies: Regionalspezialisten für Wirtschaft Osteuropas und der ehemaligen UdSSR, in: *Osteuropa*, 2/1994, S. 185–189.

Die Osteuropawissenschaft hat versagt. [. . .] Sie hat nicht nur den Umbruch nicht vorausgesehen, was vielleicht verzeihlich ist. Große Teile der Osteuropawissenschaft sind in den vergangenen Jahrzehnten damit beschäftigt gewesen, die Konsolidierung, Stabilität, Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit sowie manchmal sogar die Vorbildlichkeit der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa herauszuarbeiten. [. . .] Sie hat [damit] nicht nur keinen Beitrag zur Erkenntnis von Realitäten geleistet, sie hat sogar gezielt zur Verschleierung der Realität beigetragen. Die Osteuropawissenschaft hat in erheblichem Umfang auf die falsche Karte gesetzt. Dieser Sachverhalt wird auch nicht dadurch besser, daß er zur Zeit weitgehend verschwiegen wird. In Deutschland gibt es so gut wie keinen Versuch, Rechenschaft abzulegen oder gar kritische Fragen an die eigene Zunft zu stellen. [. . .]⁹

Nach der Verunsicherung, die zu Beginn der 1990er Jahre zumindest zeit- und ansatzweise die deutsche Osteuropawissenschaft erfaßt hatte, schien man dort alsbald wieder zur Normalität des Alltagsbetriebs zurückzukehren. Auch wenn die Klagen über die rückläufige Forschungsförderung durch die öffentlichen Haushalte nicht nachließen, schien es doch insgesamt so, als hätten weite Bereiche des Faches wieder eine Legitimations- und Wirkungsbasis gefunden. Am leichtesten fiel es den Historikern und Slawisten, die mit der beginnenden Öffnung der östlichen Archive nun unter ungleich besseren organisatorischen Voraussetzungen als jemals zuvor ihre Forschungen betreiben konnten. Aber auch die übrigen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler hatten sich offenbar rasch unter den neuen Bedingungen zurechtgefunden und sich jetzt vor allem auf das Feld der sogenannten Transformations- und Regionalforschung begeben, auf dem es zweifellos viel zu tun gab.

Kritische Selbstreflexion und mögliche Entwürfe neuer Zukunftsperspektiven standen vor diesem Hintergrund allerdings nicht mehr auf der Tagesordnung. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde die Zunft von diesen Fragen wieder eingeholt. Denn jetzt wurde sie erneut mit zunehmenden finanziellen Einschnitten und zum Teil auch mit der Streichung von einschlägigen Lektoratsstellen und Lehrstühlen, so etwa im Bereich der Osteuropäischen Geschichte in Frankfurt/Main, konfrontiert.

Herausforderungen durch finanziellen Druck und fragwürdige Bewertungskriterien

Für große Verwirrung und Ernüchterung, zumindest in Teilbereichen der deutschen Osteuropaforschung, sorgte darüber hinaus ein einschlägiges Gutachten des Bundesrechnungshofs aus dem Jahre 1996. Dieser hatte im Auftrag des Auswärtigen Amts und im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium nach Möglichkeiten gesucht, die Aktivitäten der „bundesgeförderten Ostforschungseinrichtungen“ zu koordinieren, zu straffen und zudem durch Vorschläge für Rationalisierungsmaßnahmen Einsparungseffekte im Forschungsbereich zu erzielen. Die vom Bund finanzierte Osteuropawissenschaft geriet dadurch in erhebliche Erklärungszwänge. Denn orientierte man sich an den Schlußfolgerungen der Rechnungsprüfer, die bald darauf auch in den Medien kursierten, dann kamen viele der vom Bund finanzierten Institutionen

⁹ Gerhard Simon: Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52–53/92, 18. Dezember 1992, S. 32.

der „Ostforschung“ nur sehr unzureichend den an sie herangetragenen Erwartungen von ressortbezogener Politikberatung nach. Darüber hinaus wurde in diesem Zusammenhang moniert, daß der Bund und die von ihm geförderten „Ostforschungseinrichtungen“ die an den deutschen Hochschulen vorhandenen Forschungskapazitäten kaum nennenswert nutzen. Angesichts einer solch trüben Bilanz überraschte es nicht, daß die Präsidentin des Rechnungshofes ihrem Auftraggeber drastische Kürzungsmaßnahmen, die Zusammenlegung von Großforschungseinrichtungen und vereinzelt sogar die Einstellung der institutionellen Forschungsförderung dringend nahelegte.

Der Bericht der Rechnungsprüfer blieb freilich nicht unwidersprochen. Insbesondere aus wissenschaftlichen Fachkreisen, die zur Stellungnahme aufgefordert waren, wurde massiv berechtigte Sachkritik gegenüber den vom Rechnungshof zugrunde gelegten Bewertungskriterien geübt. Weitgehend Einigkeit bestand unter den Wissenschaftlern aber auch darin, daß Forschung keineswegs nur unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und Nutzbarkeit für den Geldgeber zu bewerten sei. Nicht zuletzt deshalb sah sich der damalige Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Otto Wolff von Amerongen, anläßlich eines Festvortrages auf der Leipziger Jahrestagung der DGO am 13. März 1997 genötigt, kritisch das Wort zu ergreifen. Unter dem Eindruck anhaltender staatlicher Finanzkürzungen nahm er eine kurze Bestandsaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa zum Anlaß, um einige wichtige Konsequenzen für die deutsche Osteuropaforschung abzuleiten. „Zu Selbstzufriedenheit“, so Wolff, „besteht [. . .] kein Anlaß.“

Im siebten Jahr nach dem Ende des Kommunismus steht die Osteuropaforschung [. . .] vor einer möglicherweise entscheidenden Aufgabe. Sie muß sich auf die neuen Gegebenheiten in Europa noch mehr als in den vergangenen Jahren einstellen. Sie muß sich neu positionieren, und sie muß vor allem ihre elementare Bedeutung für Politik, Wirtschaft und Kultur in Deutschland öffentlichkeitswirksam herausarbeiten. Sie muß der Gefahr begegnen, als Instrument auf vergangene Rollen begrenzt zu werden.

Es entsprach zudem ganz dem Profil der Praktikers und Unternehmers Otto Wolff, der jahrzehntelang als Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft das deutsche Rußlandgeschäft aktiv mitgestaltet hatte, wenn er bei dieser Gelegenheit sein Plädoyer für einen Ausbau der Osteuropawissenschaft damit verband, die anwendungsorientierte Seite nicht aus dem Auge zu verlieren: „Was bedeutet dies im Hinblick auf die Osteuropaforschung? Vor allem, daß Wissenschaft nicht Selbstzweck sein kann, sondern daß die praktische Komponente in der Osteuropaforschung und vor allem bei der Lehre ein hohes Gewicht haben sollte.“¹⁰

Brennpunkte der Diskussion

Die hier artikulierten kritischen Anmerkungen machten ein weiteres Mal deutlich, daß sich die Repräsentanten der deutschen Osteuropawissenschaft angesichts der generellen Rahmenbedingungen einer innerfachlichen Debatte nicht länger entziehen konnten. Die Monatsschrift OSTEUROPA ergriff schließlich die Initiative und nahm den achtzigsten Geburtstag von Otto Wolff von Amerongen zum Anlaß, in einem

¹⁰ Otto Wolff von Amerongen: Ost-West-Beziehungen neu gedacht. Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die deutsche Osteuropaforschung in einem erweiterten Europa, in: Osteuropa, 6/1997, S. 522, 526, 530.

Themenheft „Osteuropaforschung im Umbruch?“ einen wichtigen Anstoß für eben diese Debatte zu geben. Das erfreuliche Ergebnis war, daß die Zeitschrift zu einem Forum für eine lebhaft diskutierte Diskussion wurde, die sich bereits über eineinhalb Jahre hinzieht. Der auf mehreren Schienen verlaufende Diskurs war bislang im wesentlichen gekennzeichnet:

1. durch die Auseinandersetzungen innerhalb des Faches Osteuropäische Geschichte – hier die Bereiche Forschung und Lehre betreffend –;
2. durch den Vergleich mit der Debatte in den USA;
3. durch die Anforderungen, die an die Osteuropaforschung gestellt werden – Stichworte: Politikberatung, Praxisbezug der Hochschulausbildung; in diesen Teil der Debatte schalteten sich auch andere Disziplinen der Osteuropawissenschaft ein;
4. schließlich durch einen speziellen Bereich, der die Diskussion um die deutsche Bohemistik betraf.

Ende oder Neubeginn der Osteuropäischen Geschichte?

Zunächst zu der das Feld der Forschung betreffenden Argumentation: Stein des Anstoßes war die provokante These vom „Ende der Osteuropäischen Geschichte“ – ein Plädoyer für die Aufhebung der Isolation, in die sich die historische Forschung über Osteuropa selbst begeben habe, sowie für die Integration des Faches in eine nach Epochen und Methoden differenzierte Geschichtswissenschaft, unter anderem um auf diese Weise die zahlreichen fachwissenschaftlichen „Forschungsdefizite“ der Osteuropahistorie beheben zu helfen und die Rückständigkeit der Methoden und Arbeitsweisen im Fach „Osteuropäische Geschichte“ zu überwinden; der Anschluß an die internationalen Standards geschichtswissenschaftlicher Forschung drohe ansonsten verlorenzugehen.¹¹

Während auf der einen Seite von den Chancen die Rede ist, die sich durch eine in kleinen Schritten vorgenommene Integration der Osteuropäischen Geschichte in den allgemeinen Wissenschaftsbetrieb ergeben und die eine Verbesserung des Renommées der Disziplin bewirken können, lautet das direkte Gegenargument, daß eine Selbstauflösung des Faches nicht nur fragwürdig wäre, sondern sogar kontraproduktiv. Denn sie würde nicht eine methodische Erneuerung und eine Integration der Osteuropäischen Geschichte in die Allgemeine Geschichte mit sich bringen, sondern hätte die Reduzierung der Zahl sprach- und kulturkompetenter Spezialisten und damit der Beschäftigung mit der Geschichte und Gegenwart Osteuropas zur Folge.¹²

Offenbar gibt es wirklich einen Bedarf in der Zukunft, die eigenen Leistungen innerhalb der Geschichtswissenschaften sowie in der Öffentlichkeit besser zur Geltung zu bringen. Und deshalb lautet eine der Empfehlungen, daß die Osteuropahistoriker ihre Publikationspraxis überdenken sollten: Innovative und archivgestützte Forschungen müßten verstärkt den allgemeinen Fachzeitschriften angeboten und auf paradigmatis-

¹¹ Jörg Baberowski: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin, in diesem Band, S. 27ff.

¹² Andreas Kappeler: Bedenkenswerte Diagnose – problematisches Rezept. Zum Plädoyer Jörg Baberowskis „Das Ende der Osteuropäischen Geschichte“, in diesem Band, S. 52ff.

schen Themenfeldern bestehende Chancen besser genutzt werden, um größeren Einfluß auf die historische Theoriebildung und Methodendiskussion zu gewinnen.¹³

Ein anderer Reformansatz sieht die Chance zu einem Neubeginn in einem konsequenten Verständnis der Disziplin als Regionalwissenschaft, die nicht an nationalstaatliche Grenzen und herkömmliche Epochenzäsuren gebunden ist; im Dialog mit der hochspezialisierten Forschung in der Region selbst, heißt es weiter, könnten von einer so verstandenen Osteuropahistorie neue Impulse ausgehen.¹⁴

Die auf die Lehre und damit auch auf die universitäre Situation des Faches Osteuropäische Geschichte bezogene Diskussion muß von dem Faktum ausgehen, daß eine Reihe von Lehrstühlen oder Seminaren für Osteuropäische Geschichte an deutschen Universitäten umgewidmet oder geschlossen worden ist. Das forderte zu der Frage heraus, ob diese bereits vorgenommenen und die noch bevorstehenden Schließungen etwa als eine Art Menetekel zu verstehen sind für den Bedeutungsverlust des Faches an sich oder als Symptom eines unvermeidlichen Prozesses der Neuorientierung, vielleicht auch des Gesundschrumpfens vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzkrise im Bildungs- und Wissenschaftssektor und sich daraus ableitender veränderter Einstellungen zum Forschungsfeld Osteuropa.¹⁵

Jedenfalls bedingen Ressourcenknappheit und Stellenstreichungen massiv die negativen Aussichten des wissenschaftlichen Nachwuchses, der sich noch dazu mit den Fußangeln der Hierarchien auseinandersetzen muß. Deshalb gehören zur Reform des Faches für einige Diskutanten auch wesentlich eine Reform der Ausbildungswege und ein Bekenntnis zu Konkurrenz und Leistung als Kriterien für das akademische Fortkommen. In diesem Zusammenhang wird die Frage gestellt, ob nicht die Habilitation als Qualifikationsnachweis in der gegenwärtig praktizierten Form überflüssig ist und durch eine Aufwertung der Promotion kompensiert werden könnte¹⁶ – ein Vorschlag, der in nachfolgenden Stellungnahmen selbstverständlich nicht unstrittig ist.

Zwei statistische Ergebnisse zum Fach Osteuropäische Geschichte in Deutschland, die sich im Laufe der Diskussion herauskristallisierten, seien hier noch erwähnt:

1. Die Auswertung von zwanzig allgemeinen deutschen historischen Zeitschriften zeigt, daß die Osteuropahistorie in wichtigen Bereichen der geschichtswissenschaftlichen Öffentlichkeit vielfach nicht oder kaum präsent ist.¹⁷
2. Eine vom Vorstand des Verbandes der Osteuropahistoriker (VOH) im Sinne einer Bestandsaufnahme durchgeführte Umfrage unter seinen Mitgliedern, angestoßen durch den Diskurs in OSTEUROPA, förderte gerade im Hinblick auf die Bedingungen und die Optionen der Nachwuchswissenschaftler interessante Konstellationen zutage (freilich ohne Anspruch auf Repräsentativität).¹⁸

¹³ Klaus Gestwa: Plädoyer für selbstkritischen Denksport und eine koordinierte „Publikationsinitiative. Mehr Osteuropäische Geschichte in die allgemeinen deutschen historischen Zeitschriften, in diesem Band, S. 80ff.

¹⁴ Mathias Niendorf: Mehr als eine Addition von Nationalhistoriographien. Chancen der Osteuropäischen Geschichte als Regionalwissenschaft, in diesem Band, S. 101ff.

¹⁵ Dietrich Beyrau: Totgesagte leben länger. Die Osteuropa-Disziplinen im Dschungel der Wissenschaften, in diesem Band, S. 43ff.

¹⁶ Baberowski, Das Ende [Fn. 11], S. 40ff.

¹⁷ Gestwa, Plädoyer [Fn. 13].

¹⁸ Anne Sunder-Platzmann: Zur Lage des Faches „Osteuropäische Geschichte“. Auswertung einer Umfrage, in diesem Band, S. 121ff.

Der Blick von außen

Der Vergleich mit der Osteuropa-Geschichtswissenschaft in den Vereinigten Staaten macht deutlich, daß auch dort die Herausforderungen an die Disziplin, die aus dem Zusammenbruch des Kommunismus resultierten, einen Zustand der Desorientierung und Unruhe geschaffen haben, der in mehrfacher Hinsicht ein Spiegelbild der Situation der deutschen Osteuropaforschung darstellt, allerdings – wie oben bereits erwähnt – anders als in Deutschland schon bald nach der Wende zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen in der amerikanischen Fachpresse führte. Dabei ging es, vor allem innerhalb der Sozialwissenschaften, unter anderem um Prophezeiungen und Prognosen, um die Vergleichbarkeit der Systeme und den Vorwurf der „Mainstream“-Forschung.¹⁹

Ebenfalls im Gegensatz zur deutschen Debatte spielen in den Vereinigten Staaten berufliche Themen in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle. Was die Kooperation angeht, so ist den „Stimmen aus Amerika“ nach zu erwarten, daß über die bereits bestehenden Kontakte zwischen deutschen und amerikanischen Wissenschaftlern hinaus der wichtigste Dialog in der nahen Zukunft wahrscheinlich der zwischen westlichen Historikern und den erst neuerdings „erreichbaren“ Kollegen aus dem ehemaligen Ostblock stattfinden wird.

Osteuropaforschung zwischen Theorie und Praxis

Die generelle Problematik einer möglichst frühzeitigen Ortung außenpolitischer Krisenpotentiale war Anlaß für Überlegungen zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, die auch Fragen nach der „Politikrelevanz“ wissenschaftlicher Forschung bzw. nach der Berechtigung des mancherorts feststellbaren Desinteresses von Wissenschaftlern an Problemen der politischen Praxis aufwerfen. Jedenfalls könnten in Deutschland die Möglichkeiten einer an eben diesen Problemen der politischen Praxis orientierten Forschung sicher besser als in der Vergangenheit genutzt werden. Das setzt allerdings die Bereitschaft auf beiden Seiten voraus, den Dialog über Fragestellung und Ergebnisse von Analysen sowie über mögliche politische Optionen kontinuierlich zu führen.²⁰

Dies erfordert, so ist innerhalb der Diskussion zu vernehmen, vor allem auch im Bereich der Ausbildung die Festlegung neuer Akzente und Prioritäten, deren Auswirkungen für die gestaltende Politik mehr als zuvor nutzbar gemacht werden sollen. Und so steht nicht nur die Osteuropaforschung vor einschneidenden Veränderungen, die über die Umstrukturierung von Forschungsinstituten hinausgehen werden – die neuen Gegebenheiten müssen vielmehr auch Auswirkungen auf die Reform und Neustrukturierung des Hochschul- und des Bildungswesens insgesamt haben. Die Osteuropaforschung und als ihr Teilbereich die Politikwissenschaft sollten diese Vorhaben eher als Chance denn als Bedrohung begreifen und den Prozeß aktiv sowie kreativ beeinflussen und mitgestalten.²¹

Neue Fragestellungen bedingen eine wachsende interdisziplinäre Zusammenarbeit, die sich vor allem, das ist die Prognose für den sozialwissenschaftlichen Fachbereich

¹⁹ Benjamin Nathans: Die Vereinigten Staaten – das gelobte Land der Osteuropaforschung?, in diesem Band, S. 125ff. – Sharman, Vorhersage [Fn. 6].

²⁰ Heinrich Vogel: Transformation in Rußland und Probleme der politikbezogenen Forschung. Thesen, in diesem Band, S. 205ff.

²¹ Frank Umbach: Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland, in diesem Band, S. 211ff.

der Disziplin, auf vier neue Forschungsgebiete konzentrieren wird: die zivilgesellschaftliche Grundlage der neuen Demokratien, das „constitutional engineering“, die Merkmale und Phasen der Konsolidierung von Demokratien und schließlich die Entstehung neuer „Mischsysteme“ in Form nichtkonsolidierter Demokratien.²²

Ganz klar wird in der Debatte herausgestellt, daß die Nischenexistenz und die häufige theoretische Ausrichtung der osteuropa-orientierten Fächer nicht mehr den Realitäten – vor allem nicht den wirtschaftlichen – entspricht. Die Forderung lautet demgemäß, die Attraktivität der Osteuropaforschung zu erhöhen. Berufsperspektiven erweitern sich, so daß Studienanforderungen in der Slawistik und anderen osteuropa-relevanten Fächern entsprechend modifiziert werden sollten, um die Herausforderungen eines Einsatzes von Studienabsolventen auch außerhalb des engen wissenschaftlichen Bereiches positiv aufzunehmen. Praktika und Präsentationstechniken als integrale Bestandteile des Studiums sollten ein Eigengewicht erhalten, und durch die gegenwärtig im allgemeinen bestehende Freizügigkeit ließen sich die praktischen Sprachkontakte problemlos ausweiten.²³

Am ehesten gelungen ist die Anpassung an die neuen Anforderungen und Gegebenheiten offenbar in der wirtschaftswissenschaftlichen Osteuropaforschung, wie ein Diskussionsbeitrag belegt. Die schon vor der Wende weitgehende Distanz zu ideologiebeladenen Inhalten vereinfachte zwar den Übergang zu neuen Fragestellungen, brachte aber auch zunächst einen Malus gegenüber der Dominanz von angelsächsischen Kollegen, die vorschnell die Transponierbarkeit marktwirtschaftlicher Prinzipien vertraten. Die deutsche wirtschaftswissenschaftliche Osteuropaforschung hat sich inzwischen Themen zugewandt, die sowohl politik- als auch wirtschaftsnäher sind. Aus einer Regionalforschung im engeren Sinne mit starkem Systembezug ist eine übergreifende, zum Teil auch perspektivisch orientierte Forschung mit Regionalbezug geworden.²⁴

Zum Sonderfall Bohemistik

Auslöser der sehr kontrovers geführten Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Bohemistik war ein Beitrag, der Arbeiten dieser Disziplin als problematisch bezeichnete, und zwar vor allem aus zwei Gründen: erstens wegen der mangelhaften Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dieses speziellen Fachs unter deutschen Osteuropahistorikern; und zweitens wegen der selbstverschuldeten Isolation, die die bisherigen Bemühungen begleitet, die deutsche Bohemistik als eine separate Fachdisziplin zu institutionalisieren.²⁵

Diese als persönliche Verunglimpfung empfundenen Äußerungen wurden in einer entsprechend persönlichen Replik²⁶ und mit disziplinarischen Schritten beantwortet, über die inzwischen gerichtlich entschieden worden ist. Danach kehrt die Diskussion

²² Klaus von Beyme: Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmenwandel der „Transitologie“, in diesem Band, S. 225ff.

²³ Peter Danylow: Osteuropäische Regionalstudien oder Orchideenfach? Praktische Perspektiven für die deutsche Osteuropaforschung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, in diesem Band, S. 252ff.

²⁴ Franz-Lothar Altmann: Wirtschaftswissenschaften und Osteuropaforschung. Grundsätzliche Probleme und künftige Aufgaben seit den Umbrüchen in Osteuropa, in diesem Band, S. 245ff.

²⁵ Eva Hahn: Deutsche Bohemistik – von außen gesehen, in diesem Band, S. 137ff.

²⁶ Ferdinand Seibt: Deutsche Bohemistik von innen. Eine Replik auf Eva Hahn: Bohemistik von außen, in diesem Band, S. 146ff.

in ihrem weiteren Verlauf wieder zu der sachlichen Ebene des Diskurses zurück, in dem der leicht ironisch relativierende Blick aus dem Nachbarland Tschechien einen besonderen Akzent setzt.²⁷ Der Nachweis für die festgestellten Defizite in der historischen Bohemistik wird in einem weiteren Beitrag anhand von zwei Fallbeispielen aus den „neuralgischen Phasen“ der deutsch-tschechischen Beziehungsgeschichte geführt, nämlich der Radikalisierung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei 1918–1938 und der Erforschung der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach 1945.²⁸

Eine „Replik auf die Replik“ enthält schließlich ein Plädoyer für eine konsequente Absage an alle Überbleibsel der fortwirkenden Traditionen der sudetendeutschen Geschichtsschreibung sowie der Osteuropaforschung zugunsten eines Paradigmenwechsels. In diesem Zusammenhang wird der Vorschlag gemacht, das Paradigma der vermeintlich national unterschiedlichen historischen Perspektiven – ein Residuum der früheren Geschichtswissenschaft – zu ersetzen, und zwar durch ein Konzept, in dem auf der Grundlage voller Gleichwertigkeit deutscher und tschechischer Geschichtsbilder die diskursive Multiperspektivität in der Forschung ebenso gewährleistet ist wie im deutsch-tschechischen Dialog zur Geschichte der böhmischen Länder.²⁹

Die Debatte unter den Osteuropawissenschaftlern beschränkte sich¹ nicht allein auf die Seiten der Zeitschrift OSTEUROPA, sondern sie zeigte vielmehr auch eine gewisse Außenwirkung, wie eine Kette nachfolgender Veranstaltungen und Reaktionen dokumentiert. Hingewiesen sei zum Beispiel auf eine Diskussionsveranstaltung des Verbandes der Osteuropahistoriker (VOH) Ende Februar vergangenen Jahres in Marburg. Dort wurde nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden Frank Golczewski erstmalig ein innerfachlicher Dialog zur aktuellen Lage der Osteuropäischen Geschichte geführt, der fortgesetzt werden soll. In diesem Zusammenhang ist offenbar die oben erwähnte Umfrage unter den deutschen Osteuropahistorikern zu verstehen.³⁰ Darüber hinaus wurde die Thematik auch im Rahmen von Seminaren und Oberseminaren, etwa an den Universitäten Konstanz und Hamburg, behandelt.

Ein bemerkenswertes Echo fand die deutsche Debatte unter den Historikern in der Tschechischen Republik, wo vor allem jene die „deutsche Bohemistik“ betreffenden Beiträge in die gegenwärtige innerfachlichen Auseinandersetzungen einbezogen worden sind.³¹

Wenn in diesem Band nunmehr die bisher in der Zeitschrift OSTEUROPA geführte Diskussion zusammengefaßt wird, dann gibt es dafür im wesentlichen zwei Gründe: Einerseits gilt es, unter wissenschaftshistorischen Gesichtspunkten den Verlauf eines überfälligen Diskurses zu dokumentieren. Andererseits sollen von dieser Publikation neue Impulse ausgehen. Denn die Debatte darüber, wohin die deutsche Osteuropafor-

²⁷ Dušan Třeštík: Deutsche Bohemistik – wozu?, in diesem Band, S. 151ff.

²⁸ Wilfried Jilge/Tobias Weger: Stand und Perspektiven der Bohemistik. Anmerkungen zur Kontroverse zwischen Eva Hahn und Ferdinand Seibt, in diesem Band, S. 156ff.

²⁹ Eva Hahn: Deutsche Bohemistik – wie?, in diesem Band, S. 168ff.

³⁰ Sunder-Plaßmann, Zur Lage [Fn. 18].

³¹ Näheres hier zu siehe: Libuše Koubská: Vyhazov. Případ historičky, která v přšla v dnešním Němcku o místo kvůli svým názorům, in: Nová Přítomnost, srpen 1999. – Dušan Třeštík: Jak dlouho budou historici mlčet o své minulosti?, in: Lidové noviny, 31.7.1999. – Miloslav Kunštát: Němcká aukce východoevropských dějin, in: Literární noviny, 22.12.1999.

schung steuert, scheint noch nicht zu Ende geführt zu sein. So steht immer noch, das sei hier nochmals betont, der substantielle Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis aus, der dringend in Gang gebracht werden müßte. Dabei geht es unter anderem darum, in welcher Form einschlägige Forschungsergebnisse der Osteuropawissenschaft auch für den Praktiker nutzbar gemacht werden können, was selbstverständlich voraussetzt, daß die Vertreter der praktischen Politik und der Wirtschaft ihren Bedarf und ihre Forderungen an die Wissenschaft deutlich artikulieren. Mit den Worten Oskar Anweilers:

Maßgebend wird sein, daß die Vermittlung der fachlichen Erkenntnisse in das öffentliche Bewußtsein, wie sie durch Personen und durch Medien geschieht, als eine wichtige, vielleicht noch wichtigere Aufgabe angesehen wird, weil nicht nur die Resonanz für wissenschaftliche Erkenntnisse dadurch verbessert werden kann, sondern natürlich auch die notwendige Unterstützung für diese Forschung erst dadurch gewonnen wird.³²

Gerade die inzwischen besorgniserregenden Zahl hochqualifizierter arbeitsloser Akademiker mit Osteuropabezug macht es erforderlich, in diesem Zusammenhang über entsprechend neugestaltete, stärker praxisorientierte Studiengänge nachzudenken. In diesen Prozeß gilt es deshalb vor allem auch jene Disziplinen einzubeziehen, die sich bisher nur am Rande oder gar nicht an der Debatte beteiligt haben, so beispielsweise die Slawisten, Juristen, Soziologen oder Geographen. Um dies zu gewährleisten, möchte die Zeitschrift OSTEUROPA auch weiterhin als Forum einer sachlichen, konstruktiven und innovativen Diskussion fungieren.³³

Aachen, im März 2000

³² Alexander Steininger: Osteuropaforschung – gestern, heute, morgen. Ein Interview mit Oskar Anweiler, in diesem Band, S. 271.

³³ So wird etwa Jörg Baberowski, der mit seinem nachfolgend abgedruckten Artikel eine Kontroverse unter den Osteuropahistorikern ausgelöst hat, einen weiteren Beitrag zur Diskussion für die Zeitschrift OSTEUROPA liefern.